VR-07 (V-103)-031-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Anna Lührmann (KV Main-Taunus)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 31 bis 39:
~~Das wurde immer wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald humaner und geordneter zugeht, dass weniger Menschen nach Europa und Deutschland fliehen und dass reale Herausforderungen bei Integration und Unterbringung eher heute als morgen verschwinden. Weder dieses Versprechen, noch die Erwartung dass populistische und rechtsextremistische durch diese Politik geschwächt werden, ist eingetreten. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten: beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim Chancenaufenthaltsrecht.~~ Um auf Augenhöhe mit der Realität eines Einwanderungslandes zu kommen schaffen wir die Voraussetzungen für gelingende Integration. Wer hier ist, soll möglichst schnell arbeiten. Raus aus der Sozialhilfe, rein in den Arbeitsmarkt. Dass viele Menschen, die hier sind, nicht arbeiten durften oder es ewig dauerte, bis sie eine Arbeitserlaubnis erhielten, war ein Regierungsversagen der Großen Koalition. Deshalb haben wir in der Regierung hier einen neuen Kurs eingeschlagen: Weg mit den Arbeitsverboten und schnellere Arbeitserlaubnisse: Wenn eine Ausländerbehörde nicht binnen zwei Wochen ein Veto einlegt, gilt die Arbeitserlaubnis als erteilt. Das ermöglicht Integration durch Arbeit.

Wir haben das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert, damit sich Menschen schneller und besser integrieren können. So wird ein Anreiz für besondere Integrationsleistung gesetzt. Wer sich rechtmäßig in Deutschland aufhält, kann ab fünf Jahren, bei guter Integration schon nach drei Jahren Staatsbürger*in werden. Auch den Doppelpass haben wir erweitert, damit sich Menschen nicht zwischen ihren Wurzeln und ihrer zweiten Heimat entscheiden müssen. Das entspricht der modernen, mobilen Welt und hilft umgekehrt auch den Kindern von Deutschen, die etwa in den USA oder Dubai aufwachsen. Klar ist aber auch: wenn Doppelstaater sich an terroristischen Aktivitäten beteiligen, kann ihnen die Staatsangehörigkeit entzogen werden. Auch hier stehen wir für klare Regeln auf Augenhöhe mit den Herausforderungen.

Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht bringen wir die Regeln in die Gegenwart des modernen Einwanderungslandes und bieten zum Beispiel vielen Menschen in der Duldung, die gut integriert sind, Perspektiven für einen dauerhaften Aufenthalt. Damit senken wir die Zahl der Langzeitduldungen und beenden die Praxis der Kettenduldungen. Wir haben erreicht, dass Asylbewerber und Geduldete bereits nach drei bzw. sechs statt nach acht Monaten Arbeit aufnehmen können.

Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die
Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Der

weitere Antragsteller*innen

Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); Gerhard Thiel (KV Diepholz); Michael Scharfschwerdt (KV Dahme-Spreewald); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Johannes Baotic (KV Hamburg-Harburg); Michael Gross (KV Biberach); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Helge Wilker (KV Hannover); Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow); Katrin Lukowitz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia

Wiese (KV Leverkusen); Jörg-Heinrich Penner (KV Hamburg-Harburg); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Frerk Meyer (KV Harburg-Land); Joseph Winkler (KV Rhein-Lahn); Eike Schuster (KV Mettmann); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.